

aggressiven Pläne der westdeutschen Imperialisten, gegen den Kolonialismus in allen seinen Formen, durch ihr Eintreten für Abrüstung und Entspannung in allen Teilen der Welt Achtung verschafft und zunehmende Freundschaft errungen.

Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik stand in der Zeit zwischen dem V. und VI. Parteitag im Zeichen des Kampfes für den Abschluß des deutschen Friedensvertrags und die Lösung der Westberlinfrage durch die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt, mit dem Ziel, die Reste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und dadurch zu verhindern, daß aus ihnen ein dritter Weltkrieg emporlodert. Die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges liegt nicht nur im Interesse aller Deutschen, sie liegt auch im Interesse aller Völker der Welt, die nicht wollen, daß zum dritten Mal von deutschem Boden aus ein Weltkrieg beginnt.

Die Regierung der UdSSR wies in ihrer Note vom 27. November 1958 den Weg der deutschen Friedensregelung und zur Lösung der Westberlinfrage. In dieser Note stellte die Sowjetregierung mit allem Nachdruck fest, daß sich die Westmächte durch den Bruch des Potsdamer Abkommens selber die rechtliche Grundlage für den zeitweiligen Aufenthalt ihrer Truppen in Westberlin entzogen haben. Indem die westdeutschen und Westberliner Ultras sowie ihre Hintermänner in den USA und anderen NATO-Staaten Westberlin in einen NATO-Stützpunkt gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder umwandelten, verübten sie einen gefährlichen Anschlag gegen den Frieden.

Im Verein mit den anderen sozialistischen Ländern und unterstützt von vielen Millionen friedliebender Menschen in allen Teilen der Welt hat die Deutsche Demokratische Republik in der Berichtsperiode nichts unversucht gelassen, um die deutsche Friedensregelung und die Liquidierung des Gefahrenherdes Westberlin auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen. In diesem Sinne trat unsere Delegation auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959 auf, in diesem Sinne unterbreitete unsere Regierung in den letzten Jahren eine Reihe eigener Vorschläge zur Lösung der Westberlinfrage.

Gleichzeitig haben die sozialistischen Länder die Westmächte wiederholt darauf hingewiesen, daß unsere Geduld gegenüber ihren Verschleppungsmanövern nicht endlos ist. In der Deklaration des Politischen Konsultativkomitees der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 7. Juni 1962 wurde erklärt: